

# Wohl weil sie Kurden sind

In der Türkei sitzen so viele Journalisten in Haft wie in keinem anderen Land

Von Jürgen Reents

Murat Eroğlu wurde 1985 in Tunceli geboren, im kurdischen Osten der Türkei. Als er neun war, so erzählt er, starben zehn Angehörige seiner Familie. Türkische Soldaten hatten bei einer »Säuberungsaktion gegen Terroristen« deren Haus abgeriegelt und angezündet. Murat flüchtete mit überlebenden Familienmitgliedern nach Istanbul. Dort angekommen, wurde er von seinen neuen türkischen Mitschülern gehänselt, er galt als »Bergtürke«, als »Ostler«, sprach nur Kurdisch.

Erfahrung mit der Polizei machte er auch bald: Mit 17 Jahren wurde er beschuldigt, an einer illegalen Demonstration teilgenommen zu haben, und auf dem Revier misshandelt. Es war nicht so schrecklich wie noch in den 1990er Jahren, sagt er, als Häftlinge in Polizeigewahrsam brutal gefoltert und blutig geschlagen wurden. Neben Hieben und ausgerissenen Haaren habe er vor allem Demütigungen erlitten. Er musste Schreie anderer Gefangener anhören, es wurden ihm immer wieder nationalistische Lieder vorgespielt. Da er noch keine 18 war, kam er nach vier Tagen wieder frei. Freunde von ihm, die älter waren und bis zu einem Jahr im Gefängnis landeten, verließen Istanbul wieder, gingen zurück in die Berge, zu den bewaffneten Kämpfern der PKK. Über einige habe er später gehört, dass sie getötet worden seien. »Ich wollte nicht zur Guerilla, ich wollte mit demokratischen Mitteln kämpfen«, sagt Murat Eroğlu.

Gemeinsam mit 43 anderen Angeklagten steht Murat Eroğlu nun vor Gericht. Als Reporter der Nachrichtenagentur DIHA soll er Propaganda für eine terroristische Organisation gemacht haben. Gemeint ist die Union der Gemeinschaften Kurdistans, KCK, die dem türkischen Staat nur als ziviles Kleid der militanten Kurdischen Arbeiterpartei PKK gilt. Alle Angeklagten sind Journalisten oder Verlagsmitarbeiter, 34 von ihnen sitzen seit neun Monaten in Untersuchungshaft.

Der Prozess, der am 10. September vor dem 15. Strafgerichtshof im Istanbuler Stadtteil Çağlayan begann, wurde inzwischen bis zum 17. November unterbrochen. Dann soll er in Silivri, fast zwei Stunden Autofahrt von Istanbul entfernt, fortgesetzt werden. Das dortige Gerichtsgebäude ist einem Gefängnis benachbart.

Mit der Verfolgung oppositioneller Journalisten in der Türkei haben sich längst europäische und internationale Institutionen befasst. Das in Wien beheimatete International Press Institute sagt, nirgendwo sonst auf der Welt – auch nicht in China oder Iran – sind so viele Journalisten in Haft wie im Land am Bosphorus. Das für die Pressefreiheit zuständige Büro der OSZE nannte im letzten April die Zahl von 95 inhaftierten Journalisten, im Vorjahr waren es 57. Die inhaftierten Verlagsmitarbeiter fehlen dabei in der OSZE-Liste.

Die härteste Einzelstrafe wurde 2010 gegen Vedat Kurşum verhängt, den Chefredakteur der kurdischen Tageszeitung Azadiya Welat. Das Urteil lautete auf 166 Jahre, wurde nach einer Revision

jedoch auf zehn Jahre und sechs Monate verkürzt. Kurşum ist jedoch in 32 Fällen angeklagt, mit derzeit gültigen Urteilen von insgesamt mehr als 22 Jahren. Es gibt einen Journalisten, so die OSZE, gegen den gleichzeitig 150 Gerichtsverfahren anhängig seien. In etlichen Fällen können die Artikel, für die die Beschuldigten einsitzen, nicht eingesehen werden. Sie sind als Propagandadelikt mit einem Geheim-Stempel versehen.

Der 1986 noch unter der Militärdiktatur gegründete türkische Menschenrechtsverein IHD sieht in solchen Entwicklungen den Weg zurück in die Zeit des autoritären Staates. IHD-Vorsitzender Özgür Türkoğan scheidet sich im Journalistengespräch nicht, von einem Polizeistaat zu sprechen. Sein Vorgänger Hüsnü Öndül, 1995 mit dem Menschenrechtspreis des Deutschen Richterbundes ausgezeichnet, formuliert bedächtig: »Die Vormundschaft der Demokratie ist aus den Händen des Militärs in die einer Zivilregierung gewechselt.« Eren Keskin, Anwältin, Leiterin der Istanbuler IHD-Sektion und selbst mehrfach mit Haftstrafen belegt, verweist auf 70 Journalisten der türkisch-kurdischen Zeitung Özgür Gündem, die über die Jahre von türkischen Nationalisten ermordet wurden, und fügt an: »Heute werden sie nicht mehr getötet, aber festgehalten.«

Von der Zeitung Özgür Gündem (»Freie Tagesordnung«) und der DIHA-Nachrichtenagentur kommen die meisten der Angeklagten.



Journalisten-Chef Ercan Ipekçi

DIHA (Dicle News Agency) verbreitet Nachrichten in Kurdisch, Türkisch und Englisch, vorwiegend aus Kurdistan, aber auch aus anderen Regionen der Türkei. Ihr Motto ist: »Keine Zugeständnisse jenseits der Wahrheit.« Özgür Gündem ist eine kurdische, aber in türkischer Sprache in Istanbul herausgegebene Tageszeitung. Sie wurde mehrfach verboten und wechselte daher ebenso mehrfach ihren Namen. Auf der Seite 2 behandelt sie regelmäßig Themen zur Emanzipation der Frauen.

Der Chefredakteur von Özgür Gündem, Ziya Çiçekçi, ist einer der Inhaftierten. Seine Mutter protestiert zum Prozessauftritt zusammen mit anderen Angehörigen und Freunden vor dem Gerichtsgebäude. Sie könne ihren Sohn nur einmal monatlich in einem Gemein-

schaftsraum sehen, sagt sie. Einen Einzelbesuch habe die Gefängnisleitung nur mit einer Glastrennwand genehmigen wollen, das habe ihr Sohn abgelehnt. Über die türkischen Medien beklagt sie sich mit sanftem Nachdruck: »Sie ignorieren uns.« Und auf Nachfrage: Ja, es habe wohl damit zu tun, dass sie Kurden seien.

Ercan Ipekçi, Vorsitzender der Türkischen Journalisten-Gewerkschaft TGS, bestätigt das verstörende Schweigen der großen türkischen Medien über die Prozesse gegen die kurdischen Kollegen. Die AKP-Regierung habe die Presseverlage über ein Geflecht finanzieller Drohungen und Lockungen gut im Griff. Oppositionelle Medien, die nicht kontrolliert werden können, versuche die herrschende AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) zu illegalisieren. Es sei »ein hoher Preis«, der der Demokratie abverlangt werde, sagt Ipekçi, und es sei leicht, einen Terrorismusverdacht zu lancieren.

Die Enttäuschung, dass nicht nur die Medienunternehmer spüren, sondern auch die einzelnen türkischen Journalisten sich weitgehend einschüchtern ließen, ist bei den Angehörigen und Freunden der kurdischen Angeklagten unüberhörbar. Gültan Kıvanak, Anwältin und eine der Vorsitzenden der prokurdischen BDP (Partei des Friedens und der Demokratie), appellierte vor dem Gerichtsgebäude an die türkischen Journalisten, für einen Tag die Arbeit zu boykottieren. Ministerpräsident und AKP-Chef Erdoğan möge dann »seine Lügen selbst veröffentlichen«. Doch kaum ein türkischer Journalist ist anwesend, um vom Prozess zu berichten und diesen Ruf nach Solidarität zu hören.

Die türkische Gesellschaft sei an einem kritischen Punkt zurück, resümiert Ertuğrul Kürkçü, ein türkischer »68er«, heute Abgeordneter der BDP, bei einem Abendtreffen. Es herrschten die Tayyip – eine Wortschöpfung, die er aus dem Namen des Ministerpräsidenten Tayyip Erdoğan filtert und im Englischen so ausspricht, dass man Taliban hört.

Anfänglich hatte die seit 2002 allein regierende AKP sich bemüht, den türkischen Staat aus seinem militärischen Geflecht zu lösen und zu demokratisieren, zunächst auch auf gesellschaftliche Bündnisse gesetzt, die die Kurden einbezogen und von ihnen unterstützt wurden. Darauf weist jedenfalls der TGS-Vorsitzende Ipekçi hin. Am Ende habe die AKP aber nur ihre eigenen Leute in Stellung gebracht und sei in der Kurden-Politik zu einer schroffen Konfrontation zurückgekehrt. Dabei könne sie sich auf die weitgehend konservativ geprägte türkische Mehrheitsgesellschaft stützen. Diese sei im Kern gegen eine kurdische Autonomie. Doch immerhin könne man »das Problem« heute diskutieren, das sei in den 80er und 90er Jahren noch nicht der Fall gewesen. Ipekçi ist sich sicher: Wenn die AKP sich irgendwann einer Dialog-Lösung nicht mehr verschließen, werde sie auch einen Weg finden, dies mehrheitsfähig zu machen.

Bei einer Beratung mit kurdischen Intellektuellen weiß Professor Gençay Gürsoy diesbezüglich



Die Mutter von Ziya Çiçekçi demonstriert für die Freilassung ihres Sohnes

von einer »wichtigen Neuigkeit« zu berichten: In Diyarbakır, der heimlichen Hauptstadt Türkisch-Kurdistans, habe sich eine Dialog-Gruppe gegründet. Sie will den Weg für eine friedliche Lösung des Kurdistan-Konflikts öffnen. Ihr gehören Unternehmer, Juristen, Wissenschaftler, Journalisten und andere Persönlichkeiten an. Über nicht näher bezeichnete »Schlüsselfiguren« hätten sie ein Signal erhalten, dass die AKP-Führung »zu einem Gespräch bereit sein könnte«, so Gürsoy.

Der Stoff für einen Dialog wäre umfangreich. Einer der Verteidiger im gegenwärtigen Presseprozess, Ramazan Demir, analysiert im Gespräch die 800-seitige Anklageschrift: Der erste Teil widme sich der Entwicklung im kurdischen Osten der Türkei, der zweite Teil der kurdischen Presse, im dritten Teil seien dann die zumeist pauschalen Vorwürfe einer »Zugehörigkeit zur terroristischen Organisation« notiert. Demirs Fazit: »Auf den Angeklagten lastet die ganze kurdische Geschichte.«

Und in dieser stehen die Zeichen derzeit auf Eskalation, nicht auf Suche nach einer friedlichen Lösung. Die Kämpfe zwischen dem türkischen Militär und der PKK sind wieder blutiger geworden. Die PKK hat hinter der türkisch-syrischen Grenze aus der Instabilität im Nachbarland neuen Rückhalt gewonnen. Darauf reagiert die türkische Armee mit tödlichen Luftangriffen beidseits der Grenze.

Die Zufriedenheit über einige Reformen, wie die Zulassung kurdischen Unterrichts, ist so inzwischen gedämpft. Die Verbitterung nimmt wieder zu. Nihat, ein 25-jähriger Student, der seinen vollständigen Namen nicht veröffentlicht sehen möchte, spricht von wachsendem Hass, der erzeugt werde. Die kurdischen Jugendli-

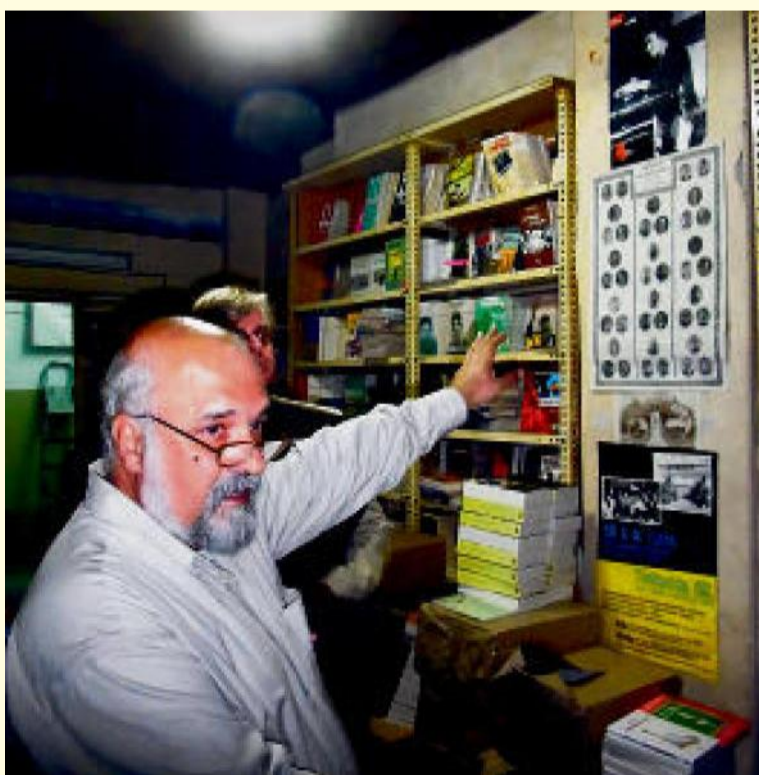
chen, jünger als er, um die 16 Jahre alt, seien »sehr zornig«. Er fragt: Wenn kurdische Journalisten, Anwälte und Politiker im Gefängnis sitzen, wer kann diese Jugendlichen dann noch überzeugen? Und er gibt selbst eine Antwort: »Wir sind die letzte Generation, die das Problem noch demokratisch lösen kann, danach wird es gefährlich.«

Nihat hält die türkischen Demokraten und Linken für »sehr schwach«, sie zögerten, mit kurdischen Linken zu kooperieren. Ich frage ihn, ob der bewaffnete Kampf der PKK ein Hindernis ist, und nach seiner Meinung zu Abdullah Öcalan, dem Gründer und Chef der PKK, der seit 1999 als einziger Häftling auf der Gefängnisinsel İmralı im Marmarameer sitzt, zu lebenslanger Haft verurteilt. Nihat antwortet: »Öcalan ist eine historische Persönlichkeit. Wenn er was sagt, hören wir heute noch zu.«

Hoffnung, die türkisch-kurdische Splitterung zu überwinden, verbinden manche mit einer Mitte Oktober bevorstehenden Ereignis: Dann soll aus dem »Demokratischen Kongress der Völker« HDK heraus eine Partei gegründet werden, die sich als linksdemokratisches Sammelbecken anbieten will. Die Idee: Ein föderales System mit integraler Autonomie könnte ein Gesamtkonzept für eine demokratische Türkei sein.

Die ungelöste Kurdenfrage bleibt im Zentrum der bedrohten Presse- und Meinungsfreiheit in der Türkei. Für ihre Lösung wird auf internationale Unterstützung gehofft. Man weiß unter den Kurden, wie auch die deutsche Bundesregierung sich für Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit engagiert, wenn es um Cuba, Iran, Russland oder China geht. Und man bemerkt ihre Stille, wenn etwas Unerhörtes im Land des NATO-Partners Türkei geschieht.

## Ungebrochen



Von Oktober 2011 bis April 2012 saß er in Untersuchungshaft: Der 64-jährige türkische Verleger Ragıp Zarakolu ist angeklagt, mit den von ihm herausgegebenen Büchern »die terroristische Organisation« zu unterstützen. Im Oktober steht er deswegen vor Gericht. Den Eingang seines Verlagskellers zielt eine Liste mit 11 internationalen Preisen, die er für seine couragierten Publikationen erhielt. Hinter seinem Schreibtisch hängt ein Plakat mit seinem Wunsch an den Richter: »Ich hoffe, Sie werden mich nicht von meinen Büchern trennen.« Während der Militärherrschaft war Zarakolu bereits dreimal in Haft, mit Folter und einer Dauer von insgesamt zwei Jahren. Ein Grund war damals die Herausgabe eines Berichts von Amnesty International in türkischer Sprache. Er sagt: »Die Bedingungen im Gefängnis sind heute besser, aber die Anklagen haben sich nicht verändert.« jrs